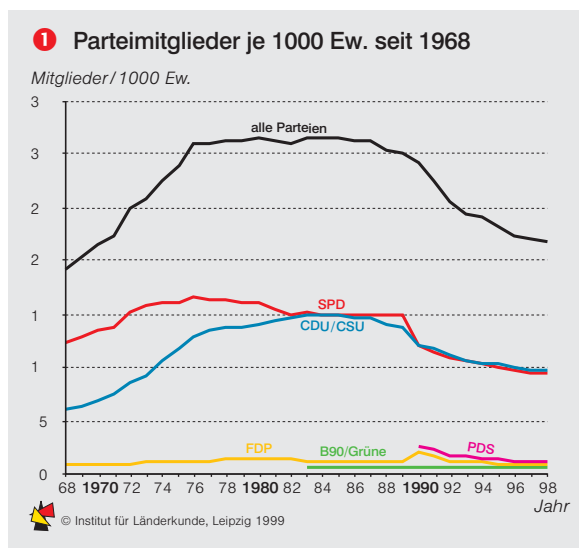


Politische Parteien in der Bundesrepublik Deutschland

Dirk Ducar und Günter Heinritz



Politische Parteien sind nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wichtige Instrumente der demokratischen Willensbildung. Die traditionelle Funktion der sozialen und politischen Integration ihrer Anhänger und der Artikulation ihrer Interessen sind in der zweiten Hälfte des 20sten Jahrhunderts in dem Maße in den Hintergrund getreten, in dem sich die Parteien mit steigendem Umfang der Staatsaufgaben immer stärker auf den exekutiven Bereich konzentriert haben. Heute werden sie eher als nationale Großorganisationen mit umfangreichem professionellem Apparat wahrgenommen und erscheinen als monolithische Gebilde. Regionale Unterschiede und lokale Verwurzelung sind jedoch immer noch für das Handeln der Funktionsträger wie auch für das Ausmaß der Wählerunterstützung relevant.

Organisations- und Mitgliederstrukturen

Die Mitgliedschaft in politischen Parteien wird als Ausdruck politischer Weltbilder, Kulturen oder Milieus verstan-

den, die von einem bestimmten oft regional abgrenzbaren Teil der Bevölkerung geteilt werden und langfristig bestehende Überzeugungen und Verhaltensmuster jenseits individueller Interessenslagen beinhalten. Im Gegensatz zum Wahlerfolg einzelner Parteien unterliegen ihre Mitgliederzahlen weitaus geringeren Schwankungen, was ihre Bedeutung als Indikator für langfristige gesellschaftliche Veränderungen unterstreicht.

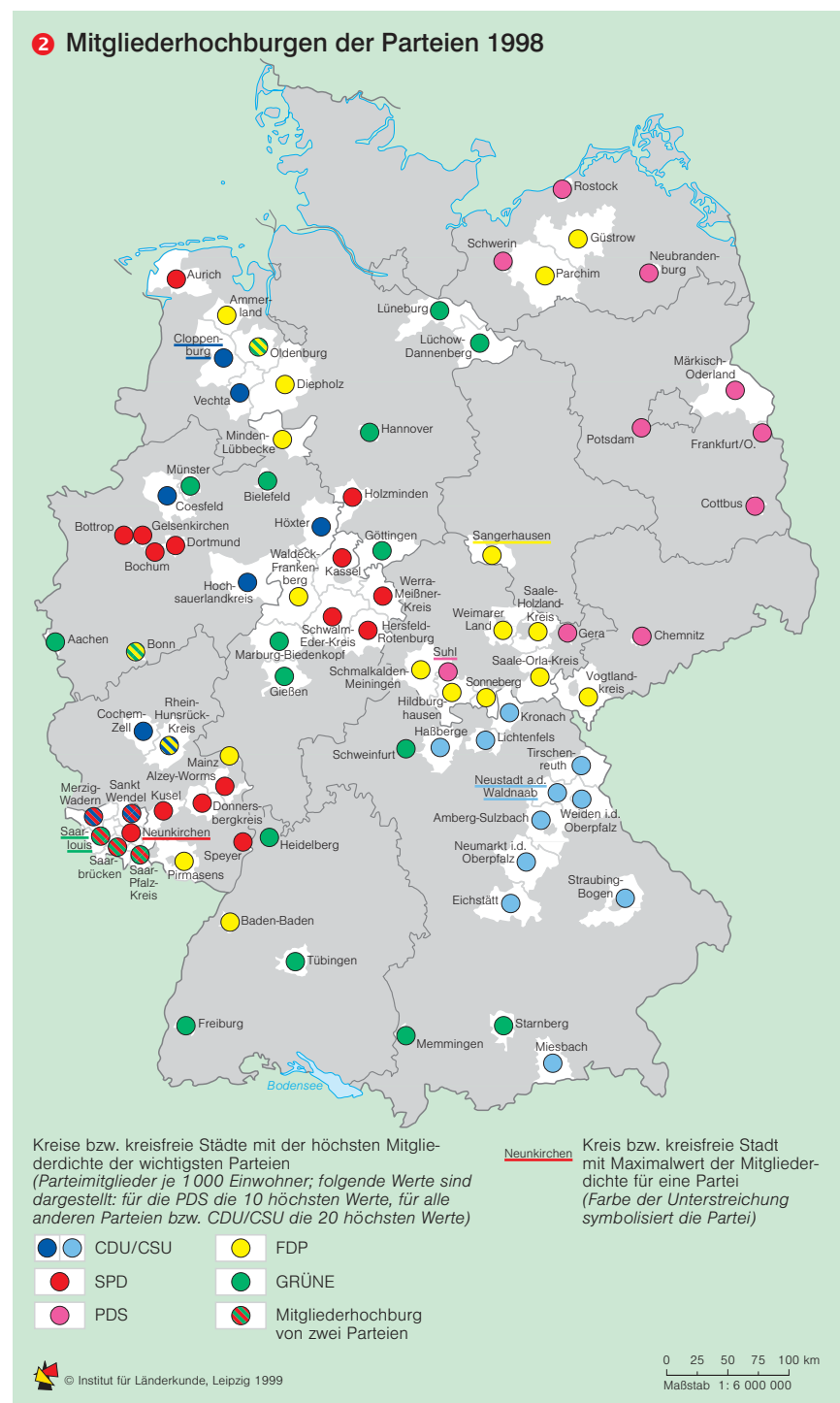
Historisch betrachtet haben das Parteiensystem und die mit ihm verbundene politische Praxis seit dem Kaiserreich immer mehr von ihrer einst starken regionalen Fixierung verloren. Nach dem Zweiten Weltkrieg knüpften die Parteien der jungen Bundesrepublik an die politischen Traditionen der Parteien der Weimarer Republik an.

Bei den beiden großen Parteien ließen sich in den 50er und 60er Jahre die räumlichen Verteilungsmuster der Mitglieder weitgehend über die Variablen Arbeiter- bzw. Katholikenanteil erklären. Diese Größen verloren jedoch im Verlauf der letzten 50 Jahre deutlich an Bedeutung. Der Katholikenanteil der CDU-Mitglieder fiel seit dem Ende der Ära Adenauer (1962) von 71% auf 53% (1995), und der Anteil der unter der Sammelkategorie "Sonstige" geführten, meist konfessionslosen Mitglieder stieg im gleichen Zeitraum von 1 auf 11%.

Vergleichbares gilt für die Zugehörigkeit zu bestimmten Berufsgruppen. Waren Anfang der 50er Jahre unter den Parteimitgliedern der SPD die Arbeiter und unter denen der CDU die Angestellten, Beamten und Selbständigen die größte Gruppe, sind 1995 die Anteile der Angestellten und Beamten unter den Parteimitgliedern nahezu gleich groß. Nur in der Berufsgruppe der Arbeiter hat die SPD und bei den Selbständigen die Union noch überdurchschnittlich viele Mitglieder.

Mitglieder aller Parteien zeichnen sich gegenüber dem Bevölkerungsdurchschnitt durch höhere Bildung und überdurchschnittliches Einkommen aus. Frauen sind – bei wachsenden Quoten – außer in der PDS überall unterrepräsentiert (30-40%). Die mittleren Altersgruppen machen bei allen Parteien den Großteil der Mitglieder aus. Es ist ein Trend zur Überalterung zu erkennen, was auf einen fortgesetzten Mitgliederschwund in der Zukunft schließen lässt.

Kumuliert für alle Parteien drückt die Parteimitgliedschaft der Bevölkerung **3** historisch gewachsene Organisationsgewohnheiten aus. Hohe Mitgliedschaftsquoten konzentrieren sich besonders im Saarland und in Rheinland-Pfalz, wo sich Mitgliederhochburgen aller traditionellen westdeutschen Parteien befinden **2**. Neben der Bedeutung von Berufsgruppen läßt sich ein räumlich und sachlich diffe-



renziertes Muster von Erhalt, Erosion und Neubildung regionaler politischer Kulturen erkennen. Beispielsweise bildete sich im Ruhrgebiet nach dem Zerfall des traditionsreichen nationalen Lagers, dem Verbot der hier einst starken KPD und dem Zustrom vertriebener Bergarbeiterfamilien ein sozialdemokratisches Milieu aus, das noch heute von den Mitgliederzahlen reflektiert wird. In Bayern glichen sich mit dem Ausbau der Vormachtstellung der CSU die historisch politischen Traditionszonen an.

Entwicklung der Parteimitgliedschaften seit 1968

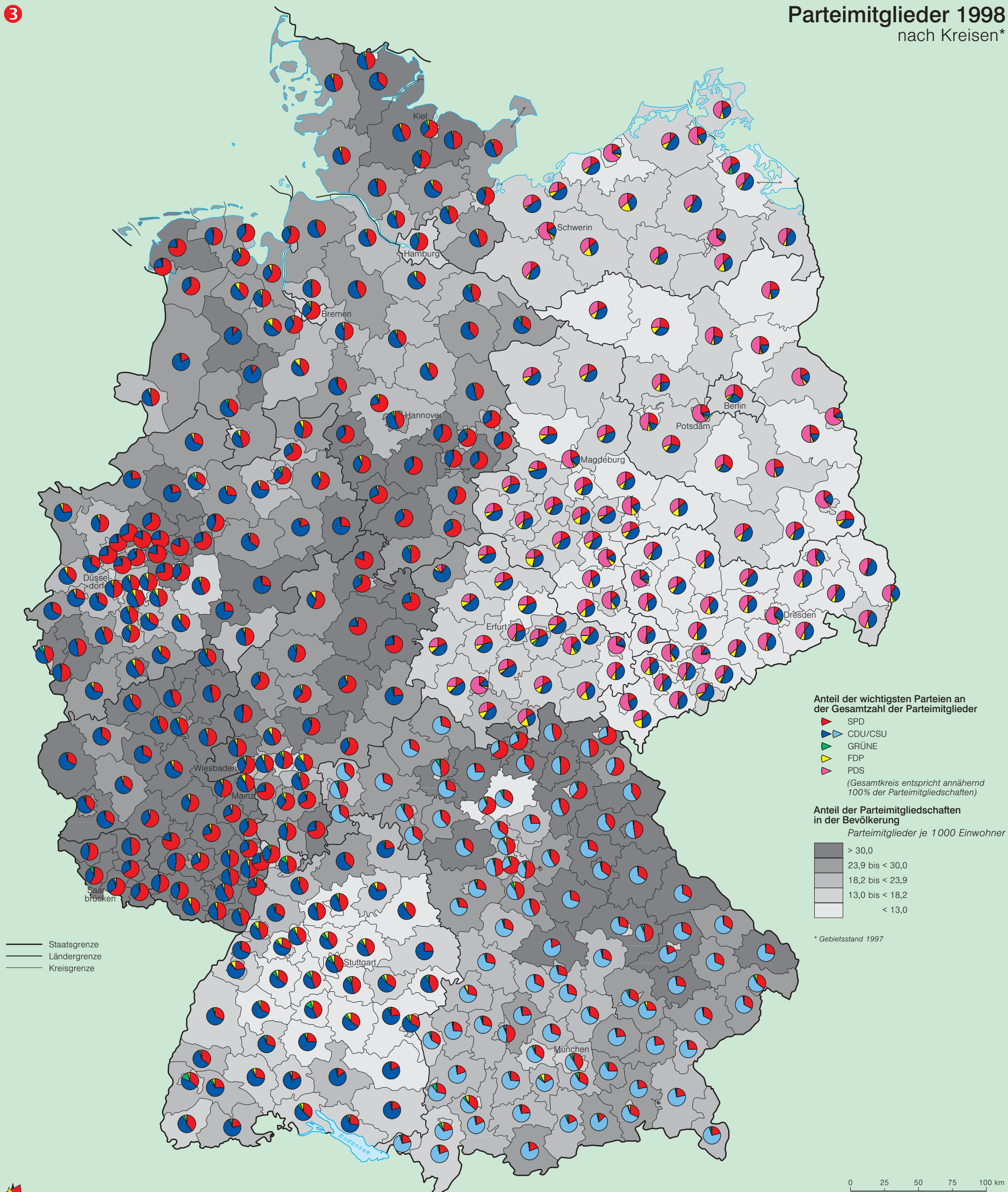
Die Mitgliederentwicklung der politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland

läßt sich in drei Phasen darstellen: Zunahme in den 70er Jahren, Stagnation in den 80ern und – nach anfänglichen Zuwächsen als Folge der Wiedervereinigung – deutlicher Rückgang in den 90er Jahren. Die Entwicklung der Parteimitgliederanteile an der Gesamtbevölkerung spiegelt diesen Trend deutlich wider **1**.

Nach der Wiedervereinigung bildete sich schnell ein einheitliches gesamtdeutsches Parteiensystem heraus, wobei die etablierten Westparteien mit verschiedenen ehemaligen Massenorganisationen, Bürgerbewegungen, Wahlbündnissen und Listenvereinigungen der DDR fusionierten.

Die Entwicklung des letzten Jahrzehnts wird als deutliches Zeichen

Parteimitglieder 1998 nach Kreisen*



für eine Krise des Parteiensystems verstanden. Es wird diskutiert, ob andere Formen der Interessensvertretung und aktiven Partizipation an seine Stelle treten und ob die Funktionen der Parteimitgliedschaft von anderen Institutionen übernommen werden können. Neben der Parteienfinanzierung über Mitgliedsbeiträge und der Mitwirkung an der innerparteilichen Personalrekrutierung haben die Mitglieder der Parteien auch eine wichtige Vermittlerfunktion zwischen Parteispitze und Wählerschaft. Sie werben für den Kurs der Partei und geben der Parteiführung einen Einblick in die Befindlichkeit der Basis.

Gründe für die abnehmende Bindungskraft der Parteien

Für die sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien werden vor allem Gründe genannt, die sich auf eine Veränderung gesellschaftlicher Strukturen beziehen. Die Mitgliedschaft in Massenorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften mit

großen gesellschaftspolitischen Entwürfen entsprach dem Zeitgeist der späten 60er und frühen 70er Jahre. Analog korrespondieren der Rückgang der Parteimitgliedschaften und das Aufkommen neuer, auf die Interessen Einzelner zugeschnittener Partizipationsformen mit dem allgemeinen Trend zur Individualisierung. Die Erosion traditioneller sozialer Milieus führt zum Verschwinden von Konformitätsdruck und zum Wandel dominanter Parteibindungsmotive. Die Umsetzung individueller Interessen wird zunehmend ein wichtiges Motiv für aktive politische Partizipation, woraus die wachsende Bedeutung eines thematisch und/oder temporär begrenzten politischen Engagements erwächst, wie die Beteiligung an Bürgerinitiativen oder an außerparlamentarischen Organisationen wie GREENPEACE oder AMNESTY INTERNATIONAL.

Auch die Abkopplung der kommunalen Verwaltung von politischen Parteien ist in diesem Zusammenhang zu sehen.

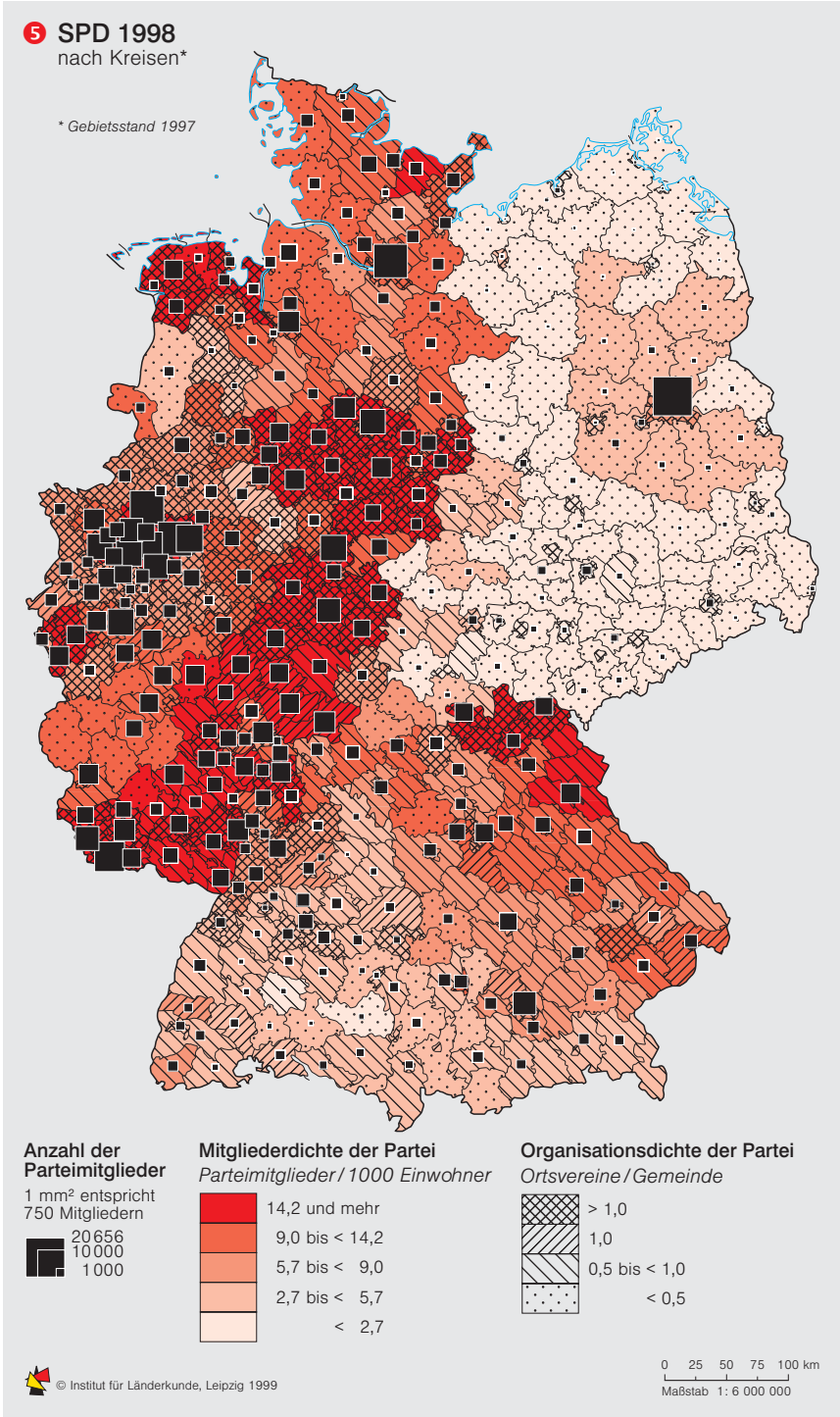
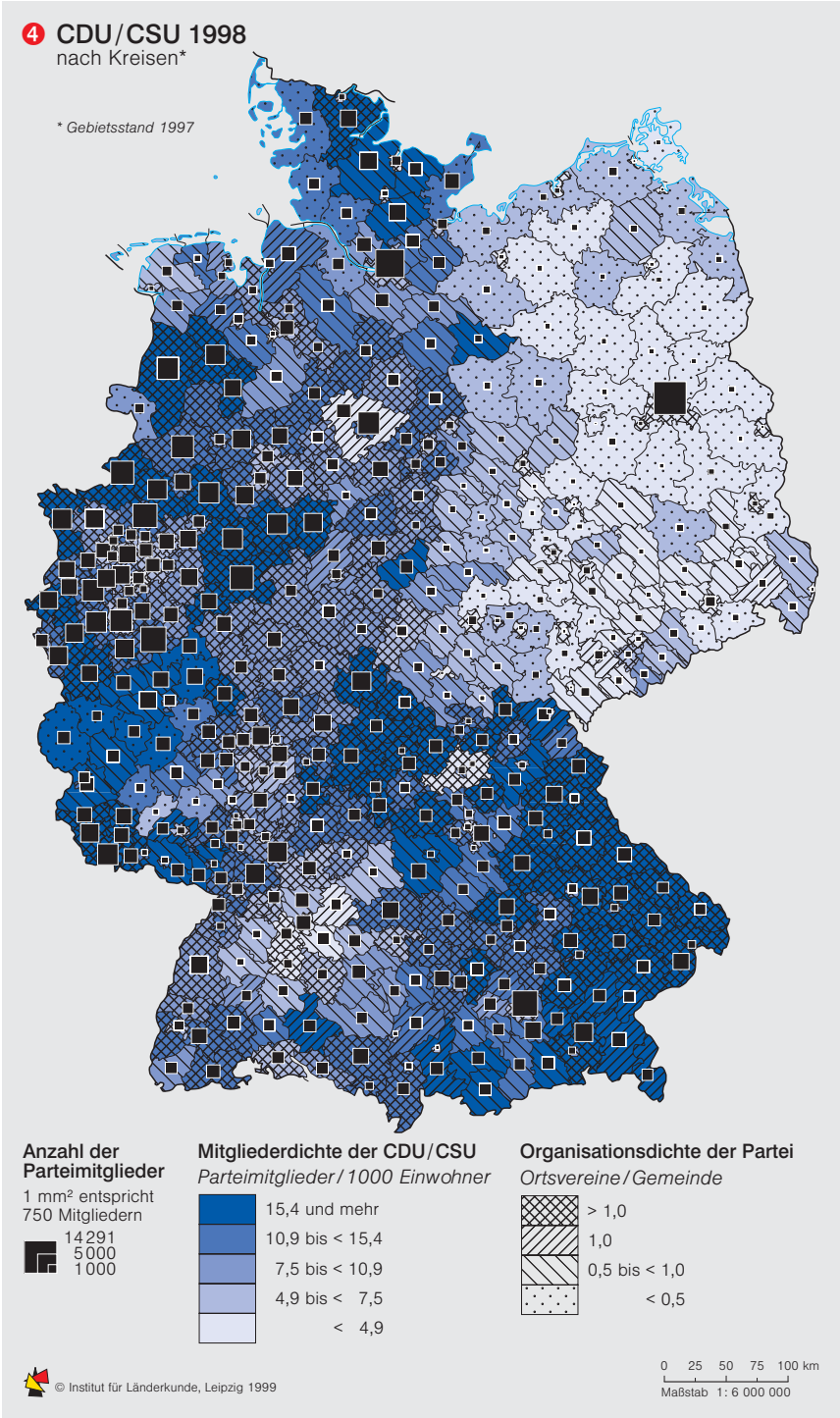
So besteht beispielsweise in Baden-Württemberg eine jahrzehntelange Tradition parteifreier Wählervereinigungen auf der kommunalen Ebene, was offenkundig dafür verantwortlich ist, dass hier das parteipolitische Engagement auffallend schwach ist. Auch in anderen Teilen der Bundesrepublik, insbesondere in den neuen Ländern, ist dieser Trend zur Abkopplung zu beobachten. Die neuen Parteien besitzen dort wenig Bindungskraft. Die weitgehende Unterdrückung von Interessensartikulation durch das SED-Regime spielt dabei genauso eine wichtige Rolle wie die Enttäuschung vieler Hoffnungen, die mit der Wiedervereinigung verbunden waren.

Die Parteien und ihre Mitgliederhochburgen

Die SPD 5 und die CDU/CSU 4 sind mit Abstand die mitgliederstärksten Parteien in Deutschland. Auf 100 Bundesbürger kommt jeweils etwa ein Mitglied in beiden Gruppierungen, wobei die

Mitgliederhochburgen der SPD in altindustrialisierten Gebieten liegen, während sich die der CDU/CSU in ländlichen und traditionell katholischen Räumen befinden. Mit der Wende löste die Union die SPD in ihrer Stellung als mitgliederstärkste Partei ab.

Während die räumlichen Verteilungsmuster von Mitgliedern der großen Volksparteien noch stärker im traditionellen Erklärungszusammenhang von Konfessionszugehörigkeit, Position in der Arbeitswelt und Stadt-Land Gegensatz stehen, sind die Mitgliedschaften von FDP 8 und GRÜNEN 7 mehr über individuelle Interessenlagen und die Zugehörigkeit zu neuen Milieus zu erklären. Das hohe Bildungsniveau ihrer Mitglieder unterstützt diese These. Bei der FDP kommt der Berufsgruppe der Selbstständigen besondere Bedeutung zu. Sie machen 27% der Mitglieder aus (SPD 7%), was als Beleg für die Rolle der Partei als Vertreter der "Besserverdienenden" gedeutet werden kann.



Die GRÜNEN bildeten Anfang der 90er Jahre eine Union mit den ostdeutschen Oppositionsbewegungen der Grünen und dem Bündnis 90. Sie sind die einzige Partei, die in den letzten Jahren eine positive Mitgliederbilanz aufwies. Die GRÜNEN können vor allem dort, wo die von ihnen angesprochenen Themen besonders intensiv diskutiert werden, bedeutende Mitgliederzahlen und Zuwächse aufweisen: Hochburgen bilden Standorte von Hochschulen wie Tübingen, Oldenburg oder Heidelberg sowie thematisch betroffene Gebiete.

Die PDS **6** nimmt als Nachfolgepartei der SED eine Sonderrolle im deutschen Parteiensystem ein. 98% der Parteimitglieder sind in den neuen Ländern ansässig, die ehemaligen Industriestädte, die heute durch hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind, bilden die Hochburgen. Auffällig ist, dass 70% der Mitglieder 1994 über 55 Jahre alt sind, was einen weiterhin kontinuierlichen Rückgang der Zahlen erwarten läßt, zwei

Drittel haben kein eigenes Einkommen bzw. sind Rentner. Die wenigen Mitglieder in den alten Ländern sind auf die größeren Städte konzentriert und weisen eine ganz andere Mitgliederstruktur als im Osten auf: Frauen sind im Westen deutlich unterrepräsentiert, das Durchschnittsalter liegt bei etwa 30 Jahren und die Gruppe der 18 bis 20-Jährigen ist besonders stark vertreten.◆

Methodischer Hinweis zu den Karten
4 - 8
Anders als bei einheitlichen Kartenreihen üblich, mußte im vorliegenden Fall der Maßstab für die Zahl der Mitglieder wegen der großen Spannweite der Mitgliederzahlen für die großen und kleineren Parteien unterschiedlich definiert werden. Auch die Kategorien für die Mitgliederdichte variieren, denn die jeweils fünf Farbkategorien wurden in allen Karten so gewählt, daß jede Kategorie mit gleich vielen Fällen besetzt ist.

